

Gemeinsame Beratung

a) Meeresverschmutzung durch Paraffin und andere Ladungsrückstände 6926

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2700

b) Evaluierung des Meeresschutzes 6926

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/2687

Angelika Beer [PIRATEN]6929

Herr Präsident! Es freut mich, dass wir heute einen interfraktionellen Antrag zur Bekämpfung der Meeresverschmutzung durch Paraffin beschließen - auch und gerade in Hinblick auf die bald stattfindenden Treffen der Gremien zur Osteekooperation, auf denen wir dann geschlossen für unser gemeinsames Ziel werben können. Da wir uns in dieser Frage einig sind und meine Vorredner die wichtigsten Punkte bereits genannt haben, komme ich jetzt auf den Bericht der Landesregierung zu sprechen.

Ich muss sagen, dass ich etwas verwundert darüber bin, dass uns die Landesregierung am 2. Februar 2015 lediglich einen Bericht zum Zustand der Meere vorgelegt hat. Denn genau einen Monat später - von heute an also in zwei Wochen - will die Bundesregierung finalisierte Entwürfe ihrer Maßnahmenprogramme in die Öffentlichkeitsbeteiligung geben. Das zumindest geht aus einer Kleinen Anfrage der Grünen Bundestagsfraktion vom 4. Dezember 2014 hervor - Drucksache 18/3459.

Worauf ich hinaus will, ist, dass die erste Bewertung unserer Meere bereits 2012 vorzulegen war und ich nicht sehe, welche bahnbrechend neuen Erkenntnisse wir Ihrem Bericht - heute, im Jahr 2015 - entnehmen können und, dass es vor diesem Hintergrund sinnvoll gewesen wäre, auch schon einmal die Maßnahmen anzusprechen, die derzeit zwischen Bund und Ländern verhandelt werden. Ich gehe jetzt einfach einmal davon aus, dass Sie dies in einer der kommenden Sitzungen des Umweltausschusses nachholen werden.

Leider ist es ja so, dass die Bundesrepublik insgesamt nicht gerade damit glänzt, die Umsetzung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie entschlossen voranzutreiben. Die Langsamkeit des Prozesses liegt wohl auch darin begründet, dass sich das für die Fi-

scherei zuständige Bundeslandwirtschaftsministerium und das Bundesumweltministerium nicht darauf einigen können, wie die Richtlinie denn nun umzusetzen ist.

Das derzeitige Meeresschutzmanagement ist in der Sache sowie politisch tatsächlich so miserabel, dass BUND, WWF, NABU, WDC, Deepwave, Greenpeace, die Deutsche Umwelthilfe und der Deutsche Naturschutzring Ende Januar gemeinsam eine Klage beim Verwaltungsgericht in Köln eingereicht haben, begleitet von einer EU-Beschwerde, die ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland zum Ziel hat. Worum geht es da? Deutschland hat in seiner ausschließlichen Wirtschaftszone bereits 2007 Natura-2000-Gebiete ausgewiesen, die bislang aber ohne wirksamen Schutz geblieben sind. „Paper Parks“ nennen die Engländer sowas - Schutzgebiete, die nur auf dem Papier existieren.

Nun kann sich unsere Landesregierung natürlich darauf berufen, dass diese Gebiete in die Zuständigkeit des Bundes fallen. Aber was frage ich Sie: Haben wir als Land bisher vorgelegt? Sie sitzen doch mit im Bund-Länder-Ausschuss für die Nord- und Ostsee - BLANO -, und ich finde es schon etwas schwach, dass Sie sich in Ihrem Bericht einfach darauf zurückziehen, erst 2016 konkreter werden zu können, weil der BLANO noch nicht so weit ist. Für mich sieht das so aus, als würden Sie die wichtigen Fragen zum Meeresschutz einfach aussitzen wollen.

Worüber wird derzeit verhandelt? Welche konkreten Ansätze verfolgt Schleswig Holstein? Mischen wir uns da ein, und falls ja, wie sind wir positioniert? Zumindest auf diese Fragen hätte Ihr Bericht eingehen müssen. Stattdessen bleibt er vage und ist damit beliebig.

Zum Schutz der Meeresenten und Tümmeler war bisher nur zu vernehmen, dass Sie eine freiwillige Vereinbarung mit den Fischern getroffen haben. Der Bericht wäre eine Möglichkeit gewesen zu erläutern, wie gut das funktioniert.

Ich finde, das ist wirklich ein Versäumnis, wenn eine Landesregierung zum Meeresschutz nicht mehr sagen kann, als dass es unseren Meeren schlecht geht und sich der Zustand bis 2020 verbessern soll. Sie deuten die Ziele nur an, der Weg hingegen bleibt im Dunkeln.

Die Umweltverbände haben dazu auf 30 Seiten – in ihrer Schattenliste - ganz konkrete Maßnahmen vorgelegt.

Zum Erhalt der Artenvielfalt - ich erinnere daran, dass nach Angaben des Bundesamtes für Naturschutz jede Dritte Art in Nord- und Ostsee gefährdet ist - schlägt die Liste vor, den Einsatz von Stell- und Grundschleppnetze zu untersagen und stattdessen selektive Fangtechniken einzuführen. 50 % der Meeresschutzgebiete sollen von der wirtschaftlichen Nutzung ausgenommen werden. Außerdem sollen die Munitionsaltslasten geborgen und der Eintrag von Müll bis 2020 halbiert werden.

Man muss diese Vorschläge nicht alle gut finden, aber man kann sich doch wenigstens dazu positionieren, sagen, welche Maßnahmen man richtig findet und als Landesregierung umsetzen möchte. Bevor man gar nichts hat, nimmt man doch besser

diese Ideen. Unsere klaren Ideen zur Vermeidung von Plastikmüll haben Sie schließlich auch übernommen.

Noch was zum Thema Bund! Wenn es um die Windenergie geht, dann mischen Sie sich da doch auch lautstark ein. Da bedient sich der Ministerpräsident an unseren Redetexten und wirft dem Bundeswirtschaftsminister „Planwirtschaft“ vor. Tun Sie das jetzt auch in Bezug auf den Meeresschutz, Herr Albig! Machen Sie das zur Chefsache! Nehmen Sie das selbst in die Hand und sagen Sie dem Bund, dass gut gemeinte Worte unsere Meere nicht schützen. Warten Sie nicht länger auf eine Bundesregierung, die nicht zu Potte kommt, sondern legen Sie eigene, schleswig-holsteinische Positionen vor. Setzen Sie endlich Maßstäbe, Sie und Ihr Umweltminister - denn Politik lebt von doch Positionen, nicht von gut gemeinten Absichten -, so wie wir es mit dem Antrag zum Paraffin machen. Der ist einmal ein ganz konkretes Beispiel für aktiven Meeresschutz.
- Vielen Dank.